

**Mag. Gernot Blümel, MBA**  
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.434.497

Wien, 17. August 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 7061/J vom 17. Juni 2021 der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 8.:

Im Bundesministerium für Finanzen (BMF) wurde seitens der Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming für das Jahr 2020 ein Projekt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geplant, in welchem wichtige Notfallnummern zugänglich gemacht werden sollten.

Für dieses Projekt wurde eine Mittelbindung über die geplanten Ausgaben für das Jahr 2020 unter der Gender FISTL 11032 angelegt. Aufgrund der COVID-19 Krise wurde dieses Projekt verschoben und soll demnächst umgesetzt werden. Eine Mittelbindung für 2021 ist noch nicht beantragt.

Außerdem werden im Budget der UG 25 rund 13 Mio. Euro für Familienberatungsstellen bzw. Kinderschutzzentren zur Verfügung gestellt, die wichtige Erstanlaufstellen für Familien darstellen. Mit dem aktuellen Ministerratsvortrag „Maßnahmenpaket gegen

Gewalt an Frauen und zur Stärkung von Gewaltprävention“ ist eine Budgeterhöhung dieser Einrichtungen um 3 Mio. € vorgesehen.

Im Bundeskanzleramt steht darüber hinaus ein Frauen- und Gleichstellungsbudget von insgesamt 14,65 Mio. € im aktuellen Jahr zur Verfügung. Gegenüber 2019 entspricht das einer Erhöhung um 44 %. Ein großer Teil dieses Budgets wird für den Gewaltschutz verwendet: so werden beispielsweise die 171 Frauenberatungs- und Betreuungseinrichtungen, die 9 Gewaltschutzzentren und die Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel finanziert. Auch im Innenministerium ist der Gewaltschutz, um mehr Sicherheit speziell für Frauen und Minderjährige zu erreichen, seit Jahren ein zentraler Schwerpunkt, der sich auch bei den Wirkungszielen in der UG 11 entsprechend abbildet.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 341/J vom 11. Dezember 2019 verwiesen.

Der Bundesminister:  
Mag. Gernot Blümel, MBA

Elektronisch gefertigt



